



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# **Universitätsbibliothek Paderborn**

## **Streiflicht**

**Gesamthochschule Paderborn**

**Paderborn, 1975,1-4; damit Ersch. eingest.**

Kurzinformationen

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8520**

dienanfänger an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen in den nachstehenden Studiengängen vergeben:

1. Im bundesweiten Vergabeverfahren:

Architektur+  
 Bauingenieurwesen+  
 Betriebswirtschaft x  
 Biochemie  
 Biologie +  
 Chemie +  
 Datentechnik  
 Elektrotechnik +  
 Geographie + x  
 Haushalts- und Ernährungswissenschaft +  
 Informatik + x  
 Lebensmittelchemie  
 Mathematik + x  
 Medizin  
 Ökonomie (Wirtschaftswissenschaften) + x  
 Pädagogik + x  
 Pharmazie  
 Physik + x  
 Psychologie +  
 Rechtswissenschaft + x  
 Tiermedizin  
 Volkswirtschaft x  
 Wirtschaftspädagogik x  
 Zahnmedizin

2. In einem gemeinsamen Vergabeverfahren der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen:

Agrarwissenschaft x  
 Anglistik +  
 Chemietechnik + x  
 Germanistik + x  
 Geschichte + x  
 Maschinenbau (einschließlich Fertigungstechnik) + x  
 Politologie + x  
 Romanistik + x  
 Soziologie/Sozialwissenschaften+x  
 Sozialwesen  
 Sport +  
 Vermessungswesen + x  
 Wirtschaftsingenieurwesen  
 Mathematik (Fernstudium) + x  
 Wirtschaftswissenschaft (Fernstudium) + x  
 sowie  
 Kombinationen mit Studiengängen

oder Studienfächern, die unter 1. und 2. mit einem + versehen sind oder ihnen entsprechen, für das

Lehramt für die Primarstufe  
 Lehramt für die Sekundarstufe I  
 Lehramt für die Sekundarstufe II  
 Lehramt für Sonderpädagogik x.

Die mit x gekennzeichneten Studiengänge werden zum Wintersemester 1975/76 zum erstenmal in das ZVS-Vergabeverfahren aufgenommen. Alle Studiengänge an den Fachhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen und die entsprechenden Studiengänge an den Gesamthochschulen werden durch die ZVS vergeben. Für alle Studiengänge wurden durch Rechtsverordnungen Höchstzahlen gemäß Artikel 9 des Staatsvertrages festgesetzt. Eine Vergabe der Studienplätze nach Verhältnisanteilen wird nicht mehr erfolgen. Die beiden (unter 1. und 2. bezeichneten) Vergabeverfahren werden in der Weise miteinander verbunden, daß die ZVS nur über einen Zulassungsantrag eines jeden Bewerbers entscheidet. In diesem Zulassungsantrag können mehrere Studiengänge oder Studiengangskombinationen aus beiden Vergabeverfahren benannt werden, wobei die Reihenfolge Aussagen zuläßt über die Fachpräferenzen. Gleichzeitig sollen - erstmalig - sämtliche Studienorte angegeben werden, an denen die gewünschten Studiengänge oder Studiengangskombinationen angeboten werden.

#### KURZINFORMATIONEN

#### VERKÜRZUNG DES STUDIENGANGS CHEMIE

Eine Verkürzung und damit Rationalisierung des Studiengangs Chemie will die "experimentelle Arbeitsgruppe" der Westdeutschen Rektorenkonferenz erreichen. Rechnet man

bislang mit einer durchschnittlichen Studiengangsdauer von 16,3 Semestern, soll künftig ein qualifizierter Abschluß für Diplomchemiker und Chemielehrer nach acht bis zehn Semestern erreicht werden.

(dpa)

---

### ÄNDERUNGEN BEI DER AUSBILDUNGSFÖRDERUNG

Spätestens von 1977 an dürfte der Darlehensanteil an der Ausbildungsförderung (BAFöG) erhöht werden. Entsprechende Überlegungen werden derzeit nicht nur bei den unter Haushaltsschwierigkeiten leidenden Ländern angestellt, sondern auch im Bundesbildungsministerium. Bundesbildungsminister Rohde hält eine Veränderung der Struktur der Ausbildungsförderung zumindest mittelfristig für notwendig.

In diesem Jahr müssen Bund und Länder 3,2 Milliarden DM für die Ausbildungsförderung aufwenden, davon der Bund allein 2,08 Milliarden DM. Der Gesamtbetrag für 1976 dürfte bereits bei mindestens 3,5 Milliarden DM liegen. Nach der bisherigen mittelfristigen Finanzplanung würden sich die Aufwendungen für die Ausbildungsförderung nur des Bundes im Jahre 1978 bereits der Drei-Milliarden-Grenze nähern.

Nun stellt das Bundesbildungsministerium Überlegungen an, wie diese Ausgabenflut einzudämmen sei. Als Möglichkeiten zeichnen sich eine Begrenzung des geförderten Kreises ab oder aber .. und dieser Alternative scheint man in Bonn näher zu stehen - eine Erhöhung des Darlehensanteils.

Zur Zeit werden beim Höchstförderungssatz von 500,-- DM 80,-- DM

als Darlehen gewährt, das nach Studienabschluß zurückgezahlt werden muß.

(dpa)

---

### NEUER DACHVERBAND DER STUDENTEN

Am 10. Mai 1975 wurde der neue Dachverband "Vereinigte Deutsche Studentenschaften e.V." für die rund 200 allgemeinen Studentenschaften in der Bundesrepublik und Westberlin in Gießen gegründet. Nach monatelanger Diskussion und einer im März gescheiterten Gründungskonferenz in Düsseldorf gelang es den Studentenschaften nun, die kurz vor der Auflösung stehenden bisherigen Dachverbände VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) und SVI (Verband der Studentenschaften an Fachhochschulen und höheren Fachschulen), die zusammen die rund 800.000 deutschen Studenten repräsentieren, durch ein einheitliches Gremium zu ersetzen. In den fünfköpfigen Vorstand der "Vereinigten Deutschen Studentenschaften e.V.", wurden der Geschäftsführer der jungsozialistischen Hochschulgruppen, Rudolf Hartung (Köln), und der Geschäftsführer des MSB/Spartakus, Uwe Knickrehm (Hamburg), sowie Armin Meyer (Bremen) vom Sozialistischen Hochschulbund (SHB), Uwe Spohra (Siegen) vom Liberalen Hochschulverband (LHV) und Ali Piffl (München) von den sozialistischen Basisgruppen gewählt.

(dpa)

### GESETZ ÜBER KRANKENVERSICHERUNG FÜR STUDENTEN VERABSCHIEDET

Am 22. Mai 1975 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von Koalition und Opposition den von SPD und FDP vorgelegten Entwurf für ein "Gesetz über die Krankenversicherung der Studenten".

Nach diesem Gesetz werden alle Studenten und Praktikanten in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Die bisherige studentische Krankenversorgung erlischt damit. Ausgenommen von dem neuen Gesetz, das bereits zum Wintersemester 1975/76 in Kraft treten soll, sind alle Studierenden, die Anspruch auf Familienhilfe haben oder über einen ausreichenden Krankenschutz bei einer Privatversicherung verfügen.

Zum Versicherungsbeitrag zahlt der Bund einen Zuschuß, der sich zunächst auf 15,-- DM monatlich beläuft. Der Beitrag der Studenten wird auf fünf Prozent des Höchstbedarfsatzes des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG) begrenzt. Nach dem derzeitigen Stand ergibt sich damit ein monatlicher Beitrag von 25,-- DM. Studierende, die nach BAFöG gefördert werden, erhalten einen weiteren Zuschuß in Höhe von 10,-- DM, den Bund und Länder gemeinsam tragen, so daß diese Studenten einen Monatsbeitrag von 15,-- DM zu zahlen haben.

(dpa)

dienplätze ausgebaut werden. Diese Ausbauplanungen um 170.000 neue Studienplätze haben die Bundesländer dem Wissenschaftsrat für dessen Empfehlungen zum fünften Rahmenplan für den Hochschulbau mitgeteilt. Für die Zeit nach 1979 ist die Schaffung von weiteren 50.000 Studienplätzen vorgesehen. (AP/dpa)

### AUSGABEN FÜR STUDENTENFÖRDERUNG

Die Ausgaben der Länder für die Förderung der Studenten und der Einrichtungen für Studenten übertraten im Jahr 1974 zum ersten Mal die Milliardengrenze. Dies ergab eine Umfrage des Sekretariats der Kultusministerkonferenz der Länder. In den Haushalten der Länder wurden 1974 für die Studentenförderung insgesamt 1.109,9 Mill. DM in Ansatz gebracht. (Im Vergleich dazu: Ausgaben 1972 = 794,6 Mill. DM und 1973 = 872,1 Mill. DM). Für die direkte Förderung der Studenten wurden 1974 in den Länderhaushalten zusammen 597,6 Mill. DM veranschlagt, davon 566,4 für Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), 31,1 Mill. DM für andere Leistungen. Für die indirekte Förderung wurden 512,3 Mill. DM eingesetzt, davon 456,8 Mill. DM für Studentenwerke, Studentenwohnheime und Mensen, sowie 36,2 Mill. DM für Kindertagesstätten und sonstige soziale Einrichtungen für Studenten. (Entnommen aus "Informationen MWF" Nr. 13, Düsseldorf, Februar 1975).

### 170.000 NEUE STUDIENPLÄTZE BIS 1979

Die Hochschulen der Bundesrepublik sollen bis 1979 von jetzt 650.000 auf rund 820.000 Stu-

DAAD- BROSCHÜRE ERSCHIENEN

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) hat jetzt die diesjährige Ausgabe seiner Broschüre "DAAD Stipendien 1976/77" mit hoher Auflage veröffentlicht. Die Schrift gibt auf rund 150 Seiten einen Überblick über die Auslandsstipendien des DAAD und anderer deutscher und ausländischer Institutionen, die einen Auslandsaufenthalt für Studenten und jüngere Wissenschaftler vermitteln. Sie informiert über alle notwendigen Details zu Fragen der Bewerbungsvoraussetzungen, der Stipendienleistungen, des Vorgangs, sowie des Orts und des Termins der Bewerbung. Die Broschüre steht nach Angaben des DAAD ab sofort bei den Akademischen Auslandsämtern, bzw. den Sekretariaten der Hochschulen kostenlos zur Verfügung.

-----

LETZTE MELDUNGSPARERLASS AUFGEHOBEN

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat den Sparerlaß vom 3.6.75 durch einen neuen Erlaß vom 1.7.75 zugunsten globaler Sparmaßnahmen aufgehoben. Nachdem nach der alten Regelung pauschal jede zweite freie oder freiwerdende Stelle unbesetzt bleiben sollte und bei den einzelnen Haushaltstiteln eine Sperre in Höhe von 45 % verfügt worden war, läßt der neue Erlaß den Hochschulen we-

sentlich mehr Spielraum.

Das Wissenschaftsministerium muß bei seinen Haushaltsmitteln, die sich auf 4,5 Milliarden DM belaufen, für dieses Jahr insgesamt 76 Mill. DM - das sind 1,68 Prozent - einsparen. Davon will das Ministerium 24 Mill. DM aus Zentralmitteln abdecken. Der restliche Betrag von 52 Mill. DM muß von den Hochschulen des Landes eingespart werden. Im Personalbereich wird jeder Hochschule die Zahl der von ihr zu sperrenden Personalstellen vorgeschrieben.

Innerhalb der Vorgaben können die Hochschulen dann selbst entscheiden, wo sie Kürzungen vornehmen, um die erforderlichen Haushaltsmittel und Personalstellen einzusparen.

-----